

Hauptsatzung der Gemeinde Dollerup, Kreis Schleswig-Flensburg

(Mitteilungsblatt Amt Langballig vom 26.02.1999 Nr. 5, Seite 76-85)

Änderungsdaten:

- a) 1. Änderungssatzung v. 29.01.2001 (Mitteilungsblatt Amt Langballig v. 02.02.2001 Nr. 5, S. 21)
- b) 2. Änderungssatzung v. 27.12.2001 (Mitteilungsblatt Amt Langballig v. 28.12.2001 Nr. 40, S. 302-303)
- c) 3. Änderungssatzung v. 09.12.2002 (Mitteilungsblatt Amt Langballig v. 13.12.2002 Nr. 43, S. 233-234)
- d) 4. Änderungssatzung v. 20.06.2006 (Mitteilungsblatt Amt Langballig v. 23.06.2006 Nr. 18, S. 85)
- e) 5. Änderungssatzung v. 07.07.2008 (Mitteilungsblatt Amt Langballig v. 11.07.2008 Nr. 21, S. 120-121)

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Wappen, Siegel	
§ 2 Bürgermeisterin oder Bürgermeister	
§ 3 Gleichstellungsbeauftragte	
§ 4 Ständige Ausschüsse	
§ 5 Aufgaben der Gemeindevertretung	
§ 6 Einwohnerversammlung	
§ 7 Verträge mit Gemeindevertreterinnen und -vertretern	
§ 8 Verpflichtungserklärung	
§ 9 Höchstbetrag für die Übertragung der Zustimmung zur Leistung über- und außerplanmäßiger Ausgaben und der Zustimmung zum Eingehen über- und außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen	
§ 10 Verarbeitung personenbezogener Daten	
§ 11 Veröffentlichungen	
§ 12 Inkrafttreten	

§ 1 Wappen, Siegel

- (1) Das Wappen der Gemeinde Dollerup wird geteilt in Blau und Gold. Oben ein rot gezungter silberner Wolfskopf, unten ein rotes, zwei schräg gekreuzte schwarze Pfeile mit der Spitze nach unten überdeckendes Herz.
- (2) Die Gemeindeflagge zeigt auf gleichmäßig waagrecht geteiltem blau-gelben Flaggentuch die Figuren des Gemeindewappens von der Mitte zur Stange versetzt in flaggengerechter Tinktur.
- (3) Das Dienstsiegel der Gemeinde zeigt das Gemeindewappen mit der Umschrift „Gemeinde Dollerup, Kreis Schleswig-Flensburg“.
- (4) Die Verwendung des Gemeindewappens durch Dritte bedarf der Genehmigung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters.

[zum Inhaltsverzeichnis](#)

§ 2 Bürgermeisterin oder Bürgermeister

- (1) Der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister obliegen die ihr oder ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben.
- (2) Sie oder er entscheidet ferner über
 1. Befreiungen von der Verschwiegenheitspflicht gemäß § 21 Abs. 2-5 GO i. V. m. § 32 Abs.

3 GO

2. Entscheidungen, ob ein wichtiger Grund für die Ablehnung der Übernahme eines Ehrenamtes oder einer ehrenamtlichen Tätigkeit gemäß § 20 GO vorliegt,
3. ob eine Ausnahme des Vertretungsverbot gemäß § 23 GO vorliegt,
4. Stundungen, von 2.500,00 EUR bis zu einem Betrag von 5.000,00 EUR,
5. Verzicht von Ansprüchen der Gemeinde und Niederschlagung solcher Ansprüche, Führung von Rechtsstreiten und Abschluss von Vergleichen, soweit ein Betrag von 500,00 EUR nicht überschritten wird,
6. Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsgeschäfte, die dem wirtschaftlich gleichkommen, soweit ein Betrag von 5.000,00 EUR nicht überschritten wird,
7. Erwerb von Vermögensgegenständen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes einen Betrag von 5.000,00 EUR nicht überschreitet,
8. Tausch, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten (entgeltlich oder unentgeltlich), soweit der Wert des Vermögensgegenstandes bzw. der Belastung 5.000,00 EUR nicht übersteigt,
9. Abschluss von Leasing-Verträgen, soweit der jährliche Mietzins 5.000,00 EUR nicht übersteigt,
10. Annahme von Schenkungen, Spenden und Erbschaften, soweit damit keine belastenden Auflagen für die Gemeinde verbunden sind,
11. Anmietung und Anpachtung von Grundstücken und Gebäuden,
12. Vergabe von Aufträgen gemäß Vergabeordnung der Gemeinde und Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen bis zu einem Wert von 5.000,00 EUR,
13. Gewährung von Zuschüssen an Institutionen bzw. Vereine in der von der Gemeindevertretung einmal beschlossenen Höhe,
14. Gewährung von Darlehen bis zu einem Wert von 5.000,00 EUR,
15. Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens und von Vorkaufsrechtsverzichts- und -negativbescheinigungen nach dem Baugesetzbuch,
16. Erteilung von Teilungsgenehmigungen gemäß Satzung der Gemeinde,
17. Eintragung und Löschung von dinglichen Rechten zugunsten der Gemeinde, Erteilung von Vorrangseinräumungen

[zum Inhaltsverzeichnis](#)

§ 3 Gleichstellungsbeauftragte

Zur Verwirklichung des Grundrechtes der Gleichberechtigung von Frau und Mann hat das Amt Langballig eine Gleichstellungsbeauftragte bestellt. Diese Gleichstellungsbeauftragte kann auf eigenen Wunsch an den Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse der Gemeinde teilnehmen. Dies gilt auch für nichtöffentliche Sitzungen. Zeit, Ort und Tagesordnung sind ihr rechtzeitig bekanntzugeben. Ihr ist in Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches auf Wunsch das Wort zu erteilen.

[zum Inhaltsverzeichnis](#)

§ 4 Ständige Ausschüsse

(1) Die folgenden ständigen Ausschüsse nach § 45 Abs. 1 GO werden gebildet:

a) **Finanzausschuss**

Zusammensetzung:

5 Gemeindevertreterinnen oder -vertreter

Aufgabengebiet:

Finanzwesen, Abgaben, Personal-, Satzungs- und Grundstücksangelegenheiten.

b) **Bau- und Wegeausschuss**

Zusammensetzung:

5 Gemeindevertreterinnen oder -vertreter und

2 Bürgerinnen oder Bürger, die der Gemeindevertretung angehören können

Aufgabengebiet:

Bau- und Wegewesen, Umweltschutz, Naturschutz, Landschaftspflege, Ortsentwässerung, Bauleitplanung, Baugenehmigungen

c) **Dorfausschuss**

Zusammensetzung:

4 Gemeindevertreterinnen oder -vertreter und
3 Bürgerinnen oder Bürger, die der Gemeindevertretung angehören können

Aufgabengebiet:

Dorfgestaltung, Dorfentwicklung, Fremdenverkehr, kulturelle Angelegenheiten, Jugend- und Seniorenbetreuung

d) **Ausschuss zur Prüfung der Jahresrechnung**

Zusammensetzung:

3 Gemeindevertreterinnen oder -vertreter

Aufgabengebiet:

Prüfung der Jahresrechnung

(2) Folgende der in Abs. 1 genannten Ausschüsse tagen nicht öffentlich:

- a) Finanzausschuss
- b) Ausschuss zur Prüfung der Jahresrechnung

(3) Den Ausschüssen wird die Entscheidung über die Befangenheit ihrer Mitglieder und der nach § 46 Abs. 8 GO an den Ausschusssitzungen teilnehmenden Mitgliedern der Gemeindevertretung übertragen.

(4) Den Ausschüssen wird die Entscheidungsbefugnis übertragen, im Rahmen ihres Aufgabengebietes und der verfügbaren Haushaltsmittel bis zum Betrag von 5.000,00 EUR im Einzelfall zu verfügen, soweit nicht die Entscheidungsbefugnis der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister übertragen worden ist (§ 2).

(5) Jede Fraktion stellt für jeden Ausschuss eine Gemeindevertreterin bzw. einen Gemeindevertreter als stellvertretendes Ausschussmitglied. Das stellvertretende Ausschussmitglied wird durch die Gemeindevertretung gewählt.

[zum Inhaltsverzeichnis](#)

§ 5 Aufgaben der Gemeindevertretung

Die Gemeindevertretung trifft die ihr nach §§ 27 und 28 GO zugewiesenen Entscheidungen, soweit sie sie nicht auf die Bürgermeisterin/den Bürgermeister oder auf die ständigen Ausschüsse übertragen hat.

[zum Inhaltsverzeichnis](#)

§ 6 Einwohnerversammlung

(1) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister beruft mindestens einmal im Jahr eine Versammlung der Einwohnerinnen und Einwohner ein. Das Recht der Gemeindevertretung, die Einberufung einer Einwohnerversammlung zu verlangen, bleibt unberührt. Die Einwohnerversammlung kann auch begrenzt für einzelne Teile der Gemeinde durchgeführt werden.

(2) Für die Einwohnerversammlung ist von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister eine Tagesordnung aufzustellen. Die Tagesordnung kann aus der Einwohnerversammlung ergänzt werden, wenn mindestens 25 v. H. der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner einverstanden sind. Zeit, Ort und Tagesordnung der Einwohnerversammlung

- sind öffentlich bekanntzugeben.
- (3) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister leitet die Einwohnerversammlung. Sie oder er kann die Redezeit auf bis zu 3 Minuten je Rednerin oder Redner beschränken, falls dies zur ordnungsmäßigen Durchführung der Einwohnerversammlung erforderlich ist. Sie oder er übt das Hausrecht aus.
 - (4) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister berichtet in der Einwohnerversammlung über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und stellt diese zur Erörterung. Einwohnerinnen und Einwohnern ist hierzu auf Wunsch das Wort zu erteilen. Über Anregungen und Vorschläge aus der Einwohnerversammlung ist offen abzustimmen. Vor der Abstimmung sind die Anregungen und Vorschläge schriftlich festzulegen. Sie gelten als angenommen, wenn für sie die Stimmen von mindestens 51 v. H. der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner abgegeben werden. Eine Abstimmung über Anregungen und Vorschläge, die nicht Gemeindeangelegenheiten betreffen, ist nicht zulässig.
 - (5) Über jede Einwohnerversammlung ist eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschrift muss mindestens enthalten:
 1. die Zeit und den Ort der Einwohnerversammlung,
 2. die Zahl der teilnehmenden Einwohnerinnen und Einwohner,
 3. die Angelegenheiten, die Gegenstand der Einwohnerversammlung waren,
 4. den Wortlaut der Anregungen und Vorschläge, über die abgestimmt wurde und das Ergebnis der Abstimmung.Die Niederschrift wird von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister und der Protokollführerin oder dem Protokollführer unterzeichnet.
 - (6) Anregungen und Vorschläge der Einwohnerversammlung, die in der Gemeindevertretung behandelt werden müssen, sollen dieser zur nächsten Sitzung zur Beratung vorgelegt werden.

[zum Inhaltsverzeichnis](#)

§ 7 Verträge mit Gemeindevertreterinnen und -vertretern

- (1) Verträge der Gemeinde mit Gemeindevertreterinnen und -vertretern, der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister und juristischen Personen, an denen Gemeindevertreterinnen und -vertreter oder die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister beteiligt sind, sind ohne Genehmigung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich, wenn sie sich innerhalb einer Wertgrenze von 1.000,00 EUR, bei wiederkehrenden Leistungen von monatlich 100,00 EUR halten.
- (2) Ist dem Abschluss eines Vertrages eine öffentliche Ausschreibung vorangegangen und der Zuschlag nach Maßgabe der Verdingungsordnung für Leistungen, der Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen oder der Verdingungsordnung für Bauleistungen erteilt worden, so ist der Vertrag ohne Genehmigung der Gemeindevertretung rechtsverbindlich, wenn er sich innerhalb einer Wertgrenze von 10.000,00 EUR, bei wiederkehrenden Leistungen von monatlich 1.000,00 EUR, hält.

[zum Inhaltsverzeichnis](#)

§ 8 Verpflichtungserklärung

Verpflichtungserklärungen zu Geschäften, deren Wert 5.000,00 EUR, bei wiederkehrenden Leistungen monatlich 500,00 EUR nicht übersteigt, sind rechtsverbindlich, auch wenn sie nicht den Formvorschriften des § 51 Abs. 2 und 3 der Gemeindeordnung entsprechen.

[zum Inhaltsverzeichnis](#)

§ 9 Höchstbetrag für die Übertragung der Zustimmung zur Leistung über- und außerplanmäßiger Ausgaben und der Zustimmung zum Eingehen über- und außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen

Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister kann die Zustimmung zur Leistung über- und

außerplanmäßiger Ausgaben sowie die Zustimmung zum Eingehen über- und ausserplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen bis zu einem Höchstbetrag von 500,00 EUR übertragen.
Die Genehmigung der Gemeindevertretung gilt in diesen Fällen als erteilt.

[zum Inhaltsverzeichnis](#)

§ 10 Verarbeitung personenbezogener Daten

- (1) Das Amt Langballig ist für die Gemeinde Dollerup für die Zahlung von Entschädigungen und um Gratulationen auszusprechen berechtigt, Namen, Anschrift, Funktion, Kontoverbindung, Fraktionszugehörigkeit, Tätigkeitsdauer und Geburtsdatum der Mitglieder der Gemeindevertretung sowie der sonstigen Ausschussmitglieder bei den Betroffenen gemäß § 10 Abs. 2 LDSG zu erheben und in einer Überweisungs- sowie einer Mitgliederdatei zu speichern.
- (2) Absatz 1 gilt entsprechend für die Erhebung von Namen, Anschriften, Funktionen und Tätigkeitsdauer von ehrenamtlich Tätigen bei den Betroffenen gemäß § 10 Abs. 2 LDSG und Speicherung in einer Überweisungs- und Mitgliederdatei.

[zum Inhaltsverzeichnis](#)

§ 11 Veröffentlichungen

- (1) Satzungen der Gemeinde werden im amtlichen Bekanntmachungsblatt des Amtes Langballig mit den Gemeinden Dollerup, Grundhof, Langballig, Munkbrarup, Ringsberg, Wees und Westerholz veröffentlicht.
Es führt die Bezeichnung „Mitteilungsblatt Amt Langballig“ und erscheint am Freitag jeder Woche, sofern Veröffentlichungen vorliegen.
Gemeindevertreterinnen und -vertretern und Ausschussmitgliedern wird das Mitteilungsblatt kostenfrei übersandt.
Im Übrigen richten sich die Bezugsgebühren nach der Satzung des Amtes Langballig über die Erhebung von Verwaltungsgebühren.
Fällt der Erscheinungstag auf einen Feiertag, so erscheint das Mitteilungsblatt an dem davorliegenden Werktag.
- (2) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Abs. 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.
- (3) Andere gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachungen erfolgen ebenfalls in der Form des Abs. 1, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.
- (4) Zusätzlich, zur Information der Einwohnerinnen und Einwohner, soll die Bekanntgabe der Ladung der Gemeindevertretersitzungen, der öffentlichen Ausschusssitzungen und der Einwohnerversammlungen, im redaktionellen Teil des Flensburger Tageblattes und durch Bekanntgabe in den Aushangkästen:
 - 1.) auf dem Grundstück An der Nordstraße 1
 - 2.) auf dem Grundstück des Spar-Marktes Sandwatt 3erfolgen.

[zum Inhaltsverzeichnis](#)

§ 12 Inkrafttreten

Die Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

[zum Inhaltsverzeichnis](#)